



Abteilung 13

→ Umwelt und
Raumordnung

Referat UVP- und Energierecht

Bearb.: Dr. Katharina Kanz
Tel.: +43 (316) 877-2716
Fax: +43 (316) 877-3490
E-Mail: uvp-energie@stmk.gv.at

Bei Antwortschreiben bitte
Geschäftszeichen (GZ) anführen

GZ: ABT13-106928/2026-5

Graz, am 24.04.2026

Ggst.: Änderungen bei der Tierhaltung, Durlacher Gesellschaft m.b.H.,
Feistritztal, UVP-Feststellungsverfahren, Feststellungsbescheid

**Durlacher Gesellschaft m.b.H.
Änderungen bei der Tierhaltung**

Umweltverträglichkeitsprüfung

Feststellungsbescheid

Bescheid

Spruch

Auf Grund des Antrages vom 30. März 2026 der Durlacher Gesellschaft m.b.H. mit dem Sitz in Blaindorf in der politische Gemeinde Feistritztal (FN 70367 g des Landesgerichtes für Zivilrechtssache Graz), vertreten durch die hba Rechtsanwälte GmbH, Karmeliterplatz 4, 8010 Graz, wird festgestellt, dass für das Vorhaben der Durlacher Gesellschaft m.b.H. „Änderungen bei der Tierhaltung“ nach Maßgabe der in der Begründung präzisierten Form und der eingereichten Projektunterlagen (Beilagen 1 bis 6) **keine Umweltverträglichkeitsprüfung** durchzuführen ist.

Rechtsgrundlagen:

Bundesgesetz über die Prüfung der Umweltverträglichkeit (Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 - UVP-G 2000), BGBl. Nr. 697/1993 i.d.F. BGBl. I Nr. 35/2025:

§ 2 Abs. 2

§ 3 Abs. 1 und 7

§ 3a Abs. 3 Z 1, Abs. 5 und Abs. 6

Anhang 1 Z 43 lit. a) Spalte 2 und lit. b) Spalte 3

Kosten

Gemäß dem V. Teil des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 (AVG), BGBl. Nr. 51/1991 i.d.g.F., hat die Durlacher Gesellschaft m.b.H. mit dem Sitz in Blaindorf in der politische Gemeinde Feistritztal (FN 70367 g des Landesgerichtes für Zivilrechtssache Graz)

als Verwaltungsabgabe nach der Landes-Verwaltungsabgabenverordnung 2016, LGBl. Nr. 73/2016 i.d.g.F.	
a) nach Tarifpost A 2 für den Bescheid	€ 13,50
b) nach Tarifpost A 7 für 12 Vidierungen á € 6,20	€ 74,40
zusammen	€ 87,90

mittels beiliegender Gebührenvorschreibung binnen zwei Wochen nach Rechtskraft dieses Bescheides zu entrichten.

Hinweis:

Die Durlacher Gesellschaft m.b.H. wird ersucht, auch die Bundesgebühren nach dem Gebührengesetz 1957, BGBl. 267/1957 i.d.g.F.,

für den Antrag vom 30. März 2026 nach Tarifpost 6 € 21,00

für die Beilagen nach Tarifpost 5:
24 x € 6,00 für die Beilagen 1, 2, 3, 4 und 5 (bis A 3) € 144,00

2 x € 36,00 für die Beilage 6 (pro Bogen 4 Seiten € 6,00;
max. € 36,00) € 72,00

zusammen **€ 237,00**

mittels beiliegender Gebührenvorschreibung zu entrichten.

Diese Gebühren sind bereits in der ausgewiesenen Gesamtsumme in Höhe von **€ 324,90** auf der beiliegenden Gebührenvorschreibung berücksichtigt.

Wird die Zahlungsfrist nicht eingehalten, müssen Sie damit rechnen, dass die Landesverwaltungsabgaben im Exekutionsweg hereingebracht werden. Hinsichtlich der Bundesgebühren (feste Gebühr) erfolgt bei nicht vorschriftsmäßiger Entrichtung eine Meldung an das Finanzamt Österreich, das diese sodann mit einer Gebührenerhöhung i.H.v. 50 % (§ 9 Abs. 1 GebG) bescheidmäßig festsetzt.

Begründung

A) Verfahrensgang

I. Mit der Eingabe vom 30. März 2026 hat die Durlacher Gesellschaft m.b.H. mit dem Sitz in Blaindorf in der politische Gemeinde Feistritztal (FN 70367 g des Landesgerichtes für Zivilrechtssache Graz), vertreten durch die hba Rechtsanwälte GmbH, Karmeliterplatz 4, 8010 Graz, bei der UVP-Behörde den Antrag gemäß § 3 Abs. 7 UVP-G 2000 auf Feststellung eingebracht, ob für das Vorhaben der Durlacher Gesellschaft m.b.H. „Änderungen bei der Tierhaltung“ eine UVP-Pflicht gegeben ist.

Die Antragstellerin hat folgende Unterlagen vorgelegt:

- Bescheid der Bezirkshauptfrau der Bezirkshauptmannschaft Hartberg-Fürstenfeld vom 28. August 2025, GZ: BHHF-73395/2015-29 (Beilage 1)
- Einreichplan vom 11. März 2026, erstellt von der Kulmer Bau GmbH, Plan Nr. 15/26 (Beilage 2)
- Einreichplan vom 11. März 2026, erstellt von der Kulmer Bau GmbH, Plan Nr. 16/26 (Beilage 3)
- Einreichplan vom 11. März 2026, erstellt von der Kulmer Bau GmbH, Plan Nr. 17/26 (Beilage 4)
- Gutachten über Geruchsemissionen und -immissionen vom 28. Jänner 2026, erstellt von der VATTER & Partner ZT-GmbH, GZ: 25-111A-G (Beilage 5)
- Schalltechnisches Gutachten vom 28. Jänner 2026, erstellt von der VATTER & Partner ZT-GmbH, GZ: 25-111A-S (Beilage 6)

II. Die Baubehörde hat am 7. April 2026 auf Ersuchen der UVP-Behörde vom 1. April 2026 folgende Stellungnahme abgegeben:

„Zu Punkt 1:

Die Hühnerställe I und II wurden erstmals mit Bescheid vom 19. November 1966 baurechtlich bewilligt. Der Umbau dieser Stallungen sowie die Stallungen III und IV wurden mit Bescheid vom 19. Juni 1998 baubewilligt.

Der Mastschweineinstall wurde mit Bescheid vom 15. Mai 1992 bewilligt; eine Änderungsgenehmigung erfolgte ebenfalls mit Bescheid vom 19. Juni 1998.

Sämtliche weiteren Betriebsanlagen (insbesondere Jauchengrube, Maistrocknungsanlage, Maiskornsiloanlagen, Güllegruben, Mistkompostieranlagen, Heizhaus, Nebengebäude, Lagerplatz sowie Hackschnitzelheizung) verfügen über entsprechende baurechtliche Genehmigungen.

Zu Punkt 2:

Im Rahmen der baurechtlichen Genehmigungsverfahren wurde kein konkreter Tierbestand festgelegt, sondern ausschließlich die baulichen Anlagen bewilligt. Ein baurechtlich konsentierter Tierbestand liegt daher nicht vor.

Gemäß IPPC-Bescheid ist derzeit ein Tierbestand von 56.000 Hühnern sowie 1.450 Mastschweinen rechtswirksam genehmigt.

Der Gemeinde liegen zudem technische Systembeschreibungen der Firma Janker vom 9. August 2006 für die einzelnen Stallungen vor. Daraus ergeben sich folgende Tierkapazitäten:

Stall I:

Tierzahl lt. KAT: 12.247 Tiere

Tierzahl lt. TSchG: 12.746 Tiere

Stall II:

Tierzahl lt. KAT: 14.220 Tiere

Tierzahl lt. TSchG: 14.283 Tiere

Stall III:

Tierzahl lt. KAT: 14.584 Tiere

Tierzahl lt. TSchG: 14.773 Tiere

Stall IV:

Tierzahl lt. KAT: 14.562 Tiere

Tierzahl lt. TSchG: 14.770 Tiere

Die technische Systembeschreibung stellt keinen eigenständigen Genehmigungsakt dar, dokumentiert jedoch die tatsächliche Ausgestaltung der Stallanlagen (Volierenhaltung) und erklärt die im IPPC-Bescheid festgelegte Gesamtkapazität.

Zu Punkt 3:

Weder in den baurechtlichen Bewilligungsbescheiden noch im IPPC-Bescheid wurde die Tierart ausdrücklich festgelegt. Der Gemeinde ist jedoch bekannt und dies ergibt sich auch aus den vorliegenden Systembeschreibungen der Firma Janker, dass es sich um Legehennen handelt.

Anmerkung zum Antrag auf Erlassung eines UVP-Feststellungsbescheides der Durlacher GmbH, vertreten durch hba Rechtsanwälte GmbH:

In der Projektbeschreibung wird hinsichtlich der Flächenwidmung ausgeführt, dass das Grundstück der geplanten Baumaßnahmen derzeit als Industrie- und Gewerbegebiet gewidmet sei.

Die Gemeinde Feistritztal hält hierzu fest, dass gemäß Lageplan vom 11. März 2026, erstellt von der Firma Kulmer Bau GmbH, das gegenständliche Bauvorhaben überwiegend im Freiland situiert ist.

Unter Punkt 1.2 der Projektbeschreibung wird weiters ausgeführt, dass die Einstellung des Betriebes sowie der Abbruch eines Mastschweinstalles und an dessen Stelle die Errichtung von drei Hühnerställen, einer Mitarbeiterwohnung sowie einer Eierbrücke vorgesehen sei.

Zur Klarstellung wird festgehalten, dass lediglich der Mastschweinebetrieb eingestellt wird. Die bestehenden Hühnerstallungen bleiben weiterhin in Betrieb und werden um drei zusätzliche Stallungen erweitert. Dies wurde im Zuge einer Rücksprache mit dem Geschäftsführer der Durlacher GmbH, Herrn Christian Hirzer, bestätigt.“

III. Mit Schreiben vom 9. April 2026 wurden die Verfahrensparteien sowie – im Rahmen des Anhörungsrechtes – die mitwirkenden Behörden und das wasserwirtschaftliche Planungsorgan vom Gegenstand des Verfahrens und dem Ergebnis der durchgeführten Beweisaufnahme in Kenntnis gesetzt, wobei die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme innerhalb einer zweiwöchigen Frist eingeräumt wurde.

B) Entscheidungsrelevanter Sachverhalt

I. Die Durlacher Gesellschaft m.b.H. mit dem Sitz in Blaindorf in der politische Gemeinde Feistritztal (FN 70367 g des Landesgerichtes für Zivilrechtssache Graz) betreibt am Standort Hofing 51 in der Gemeinde Feistritztal einen landwirtschaftlichen Betrieb mit Geflügel- und Mastschweinehaltung.

Die projektgegenständlichen Grundstücke sind Gst. Nr. 1817, 1818, 1819, .137 und .138, je KG 64115 Hofing.

Für den bestehenden Betrieb wurden nach Angabe der Baubehörde folgende Baubewilligungen erteilt:

- Die Hühnerställe I und II wurden mit Bescheid vom 19. November 1966 bewilligt. Der Umbau dieser Stallungen sowie die Stallungen III und IV wurden mit Bescheid vom 19. Juni 1998 bewilligt.
- Der Mastschweine Stall wurde mit Bescheid vom 15. Mai 1992 bewilligt. Eine Änderungsgenehmigung wurde mit Bescheid vom 19. Juni 1998 erteilt.
- Alle weiteren Betriebsanlagen (insbesondere Jauchengrube, Maistrocknungsanlage, Maiskornsiloanlagen, Güllegruben, Mistkompostieranlagen, Heizhaus, Nebengebäude, Lagerplatz sowie Hackschnitzelheizung) verfügen über entsprechende baurechtliche Genehmigungen.

Mit Bescheid der Bezirkshauptfrau der Bezirkshauptmannschaft Hartberg-Fürstenfeld vom 28. August 2025, GZ: BHHF-73395/2015-29, wurde festgestellt, dass es sich bei der gegenständlichen Anlage um eine genehmigte Anlage im Sinne der Bestimmungen des Steiermärkisches IPPC-Anlagen Gesetz handelt.

Zum legalisierten Tierbestand ist Folgendes auszuführen:

- In den baurechtlichen Bewilligungsbescheiden wurden keine Tierzahlen festgelegt.
- Gemäß dem IPPC-rechtlichen Feststellungsbescheid ist folgender Tierbestand genehmigt:
 - 56.000 Geflügelplätze
 - 1.450 Mastschweineplätze
- Ob eine Legehennen- oder Mastgeflügelhaltung genehmigt wurde, geht weder aus den baurechtlichen Bescheiden noch aus dem IPPC-rechtlichen Feststellungsbescheid hervor.

Das antragsgegenständliche Projekt umfasst den Abbruch des Mastschweinealles und die damit verbundene Auflassung der genehmigten 1.450 Mastschweineplätze sowie den Neubau von drei Stallgebäuden mit 39.000 Jung- und Legehennenplätzen samt Nebengebäuden.

Bezüglich einer detaillierten Projektbeschreibung wird auf die Beilagen 1 bis 6 verwiesen.

II. Die Feststellungen zum Vorhaben ergeben sich aus dem Akteninhalt.

C) Rechtliche Beurteilung und Beweiswürdigung

I. Gemäß § 3 Abs. 7 UVP-G 2000 hat die Behörde auf Antrag des Projektwerbers/der Projektwerberin, einer mitwirkenden Behörde oder des Umweltanwaltes festzustellen, ob für ein Vorhaben eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach diesem Bundesgesetz durchzuführen ist und welcher Tatbestand des Anhanges 1 oder des § 3a Abs. 1 bis 3 durch das Vorhaben verwirklicht wird.

Parteistellung haben der Projektwerber/die Projektwerberin, der Umweltanwalt und die Standortgemeinde. Vor der Entscheidung sind die mitwirkenden Behörden und das wasserwirtschaftliche Planungsorgan zu hören.

II. Gemäß § 3 Abs. 1 UVP-G 2000 sind Vorhaben, die in Anhang 1 angeführt sind, sowie Änderungen dieser Vorhaben nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterziehen. Für Vorhaben, die in Spalte 2 und 3 des Anhanges 1 angeführt sind, ist das vereinfachte Verfahren durchzuführen.

III. Gemäß § 2 Abs. 2 UVP-G 2000 ist Vorhaben die Errichtung einer Anlage oder ein sonstiger Eingriff in Natur und Landschaft unter Einschluss sämtlicher damit in einem räumlichen und sachlichen Zusammenhang stehender Maßnahmen. Ein Vorhaben kann eine oder mehrere Anlagen oder Eingriffe umfassen, wenn diese in einem räumlichen und sachlichen Zusammenhang stehen.

Nach der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes (VwGH 22.10.2008, 2007/06/0066) wird in § 3a UVP-G 2000 betreffend Änderungen von Vorhaben von der bestehenden Anlage bzw. von der bisher genehmigten Kapazität ausgegangen. Damit ist nur eine rechtskräftig bewilligte bestehende Anlage gemeint. Ein Vorhaben im Sinne des § 3a UVP-G 2000 kann nur dann als rechtskräftig genehmigt angesehen werden, wenn für das Vorhaben eine Genehmigung nach dem UVP-G 2000 erfolgt ist bzw. alle materiengesetzlichen Bewilligungen für das Vorhaben, das geändert werden soll, vorliegen, sodass die Umsetzung des Vorhabens zulässig wäre.

Zwischen dem geplanten Vorhaben und dem bestehenden Betrieb besteht sowohl ein räumlicher als auch ein sachlicher Zusammenhang im Sinne des § 2 Abs. 2 UVP-G 2000. Die erforderlichen rechtskräftigen materienrechtlichen Genehmigungen für den bestehenden Betrieb sind vorhanden (vgl. Punkt B I.).

Es ist somit von einem Änderungsvorhaben im Sinne des § 3a UVP-G 2000 auszugehen.

Zur Geflügelhaltung ist auszuführen, dass in den materienrechtlichen Genehmigungsbescheiden nicht festgelegt wurde, ob es sich um Mastgeflügel- oder Legehennenhaltung handelt. Im Sinne einer worst-case-Betrachtung ist von einer Legehennenhaltung auszugehen. Dies entspricht auch den tatsächlichen Gegebenheiten (vgl. Punkt B II.).

IV. Anhang 1 Z 43 UVP-G 2000 lautet:

Z 43		<p>a) Anlagen zum Halten oder zur Aufzucht von Tieren ab folgender Größe: 48 000 Legehennen-, Junghennen-, Mastelertier- oder Truthühnerplätze 65 000 Mastgeflügelplätze 2 500 Mastschweineplätze 700 Sauenplätze 500 Rinderplätze (für Rinder über ein Jahr alt);</p>	<p>b) Anlagen zum Halten oder zur Aufzucht von Tieren in schutzwürdigen Gebieten der Kategorie C oder E oder in Beobachtungsgebieten oder voraussichtlichen Maßnahmengebieten gemäß § 33f WRG 1959, ab folgender Größe: 40000 Legehennen-, Junghennen-, Mastelertier- oder Truthühnerplätze 42500 Mastgeflügelplätze 1400 Mastschweineplätze 450 Sauenplätze 300 Rinderplätze (für Rinder über ein Jahr alt). Betreffend lit. a und b gilt: Bei gemischten Beständen werden die Prozentsätze der jeweils erreichten Platzzahlen addiert, ab einer Summe von 100% ist eine UVP bzw. eine Einzelfallprüfung durchzuführen; Bestände bis 5% der jeweiligen Platzzahlen innerhalb eines Vorhabens bleiben unberücksichtigt.</p>
------	--	---	---

Schutzwürdige Gebiete der Kategorie C sind gemäß Anhang 2 zum UVP-G 2000 Wasserschutz- und Schongebiete gemäß §§ 34, 35 und 37 WRG 1959.

Gemäß Anhang 2 zum UVP-G 2000 sind schutzwürdige Gebiete der Kategorie E Siedlungsgebiete. Als Nahebereich eines Siedlungsgebietes gilt ein Umkreis von 300 m um das Vorhaben, in dem Grundstücke wie folgt festgelegt oder ausgewiesen sind:

1. Bauland, in dem Wohnbauten errichtet werden dürfen (ausgenommen reine Gewerbe-, Betriebs- oder Industriegebiete, Einzelgehöfte oder Einzelbauten),
2. Gebiete für Kinderbetreuungseinrichtungen, Kinderspielplätze, Schulen oder ähnliche Einrichtungen, Krankenhäuser, Kuranstalten, Seniorenheime, Friedhöfe, Kirchen und gleichwertige Einrichtungen anerkannter Religionsgemeinschaften, Parkanlagen, Campingplätze und Freibadenbäder, Garten- und Kleingartensiedlungen.

V. § 3a UVP-G 2000 lautet:

§ 3a (1)

(2)

(3) Für Änderungen sonstiger in Spalte 2 oder 3 des Anhanges 1 angeführten Vorhaben ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem vereinfachten Verfahren durchzuführen, wenn

1. der in Spalte 2 oder 3 festgelegte Schwellenwert durch die bestehende Anlage bereits erreicht ist oder durch die Änderung erreicht wird und durch die Änderung eine Kapazitätsausweitung von mindestens 50 % dieses Schwellenwertes erfolgt oder
2. eine Kapazitätsausweitung von mindestens 50 % der bisher genehmigten Kapazität des Vorhabens erfolgt, falls in Spalte 2 oder 3 kein Schwellenwert festgelegt ist,

und die Behörde im Einzelfall feststellt, dass durch die Änderung mit erheblichen schädlichen, belästigenden oder belastenden Auswirkungen auf die Umwelt im Sinne des § 1 Abs. 1 Z 1 zu rechnen ist.

(4) Bei der Feststellung im Einzelfall hat die Behörde die in § 3 Abs. 5 Z 1 bis 3 angeführten Kriterien zu berücksichtigen. § 3 Abs. 7 und 8 sind anzuwenden. Die Einzelfallprüfung gemäß Abs. 1 Z 2, Abs. 2, 3 und 6 entfällt, wenn der Projektwerber/die Projektwerberin die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung beantragt.

(5) Soweit nicht eine abweichende Regelung in Anhang 1 getroffen wurde, ist für die Beurteilung der UVP-Pflicht eines Änderungsprojektes gemäß Abs. 1 Z 2 sowie Abs. 2 und 3 die Summe der Kapazitäten, die innerhalb der letzten fünf Jahre genehmigt wurden einschließlich der beantragten Kapazitätsausweitung heranzuziehen, wobei die beantragte Änderung eine Kapazitätsausweitung von mindestens 25 % des Schwellenwertes oder, wenn kein Schwellenwert festgelegt ist, der bisher genehmigten Kapazität erreichen muss.

(6) Bei Änderungen von Vorhaben des Anhanges 1, die die in Abs. 1 bis 5 angeführten Schwellenwerte nicht erreichen oder Kriterien nicht erfüllen, die aber mit anderen Vorhaben gemeinsam den jeweiligen Schwellenwert oder das Kriterium des Anhanges 1 erreichen oder erfüllen, hat die Behörde im Einzelfall festzustellen, ob auf Grund einer Kumulierung der Auswirkungen mit erheblichen schädlichen, belästigenden oder belastenden Auswirkungen auf die Umwelt zu rechnen und daher eine Umweltverträglichkeitsprüfung für die geplante Änderung durchzuführen ist. Für die Kumulierung zu berücksichtigen sind andere gleichartige und in einem räumlichen Zusammenhang stehende Vorhaben, die bestehen oder genehmigt sind, oder Vorhaben, die mit vollständigem Antrag auf Genehmigung bei einer Behörde früher eingereicht oder nach §§ 4 oder 5 früher beantragt wurden. Eine Einzelfallprüfung ist nicht durchzuführen, wenn das geplante Änderungsvorhaben eine Kapazität von weniger als 25 % des Schwellenwertes aufweist. Bei der Entscheidung im Einzelfall sind die Kriterien des § 3 Abs. 5 Z 1 bis 3 zu berücksichtigen, § 3 Abs. 7 ist anzuwenden. Die Umweltverträglichkeitsprüfung ist im vereinfachten Verfahren durchzuführen.

(7)

VI. Nach der Rechtsprechung des BVwG (vgl. BVwG vom 28.08.2014, GZ: W109 2008471-1; BVwG 24.10.2014, GZ: W143 2003020-1; BVwG 08.02.2024, GZ: W1098 2266199-1/19E) sind Kapazitätsverschiebungen bei Standortidentität zulässig. Die aufgelassenen Mastschweineplätze sind daher von der geplanten Kapazitätserhöhung in Abzug zu bringen.

In den letzten 5 Jahren wurden keine Kapazitätserweiterungen genehmigt.

Die projektgegenständliche Kapazitätsausweitung liegt unter 25 % der Schwellenwerte gemäß Anhang 1 Z 43 lit. a) Spalte 2 und lit. b) Spalte 3 UVP-G 2000.

Die Tatbestände gemäß Anhang 1 Z 43 lit. a) Spalte 2 und lit. b) Spalte 3 UVP-G 2000 werden weder in Verbindung mit § 3a Abs. 3 Z 1 UVP-G 2000 noch in Verbindung mit § 3a Abs. 6 UVP-G 2000 verwirklicht.

VII. Das gegenständliche Vorhaben ist daher keiner Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterziehen.

Somit war spruchgemäß zu entscheiden.

VIII. Die Kostenentscheidung gründet sich auf die genannten Gesetzesstellen.

Rechtsmittelbelehrung

Sie haben das Recht, gegen diesen Bescheid **Beschwerde an das Verwaltungsgericht** zu erheben. Die Beschwerde ist innerhalb von **vier Wochen** nach Zustellung dieses Bescheides schriftlich **bei uns** einzubringen.

Sie haben auch die Möglichkeit, die Beschwerde über das Internet mit Hilfe eines Web-Formulars einzubringen (<https://egov.stmk.gv.at/rmbe>). Bitte beachten Sie: Dies ist derzeit die einzige Form, mit der Sie eine beweiskräftige Zustellbestätigung erhalten. Weitere technische Einbringungsmöglichkeiten für die Beschwerde (z.B. Telefax, E-Mail) können Sie dem Briefkopf entnehmen. Der Absender trägt dabei die mit diesen Übermittlungsarten verbundenen Risiken (z.B. Übertragungsfehler, Verlust des Schriftstückes).

Bitte beachten Sie, dass für elektronische Anbringen die technischen Voraussetzungen und organisatorischen Beschränkungen im Internet kundgemacht sind: <http://egov.stmk.gv.at/tvob>

Die Beschwerde hat den Bescheid, gegen den sie sich richtet, und die belangte Behörde zu **bezeichnen**. Weiters hat die Beschwerde **zu enthalten**:

- die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt,
- das Begehren und
- die Angaben, die erforderlich sind, um zu beurteilen, ob die Beschwerde rechtzeitig eingebracht ist.

Eine rechtzeitig eingebrachte und zulässige Beschwerde hat **aufschiebende Wirkung**, das heißt, der Bescheid kann bis zur abschließenden Entscheidung nicht vollstreckt werden.

Für die Beschwerde ist eine Pauschalgebühr von € 50,- zu entrichten. Die Gebührenschuld entsteht im Zeitpunkt der Einbringung der Beschwerde und ist sofort fällig. Sie müssen daher bereits **bei der Eingabe der Beschwerde die Zahlung nachweisen**; sie können dazu einen Zahlungsbeleg oder einen Ausdruck über die erfolgte Erteilung einer Zahlungsanweisung der Eingabe anschließen.

Die Gebühr ist auf das Konto des Finanzamtes Österreich – Dienststelle Sonderzuständigkeiten (IBAN: AT83 0100 0000 0550 4109, BIC: BUNDATWW) unter Angabe des jeweiligen Verfahrens (Geschäftszahl des Bescheides) als Verwendungszweck zu entrichten. Bei elektronischer Überweisung mittels „Finanzamtszahlung“ sind neben dem genannten Empfänger die Abgabekontonummer 109999102, die Abgabenart „EEE-Beschwerdegebühr“ sowie das Datum des Bescheides (als Zeitraum) anzugeben.

Sie haben das Recht, bei Mittellosigkeit für dieses Verfahren Verfahrenshilfe (anwaltliche Unterstützung) zu beantragen. Der Antrag ist schriftlich zu stellen, bei der Behörde einzubringen und muss ein Vermögensbekenntnis enthalten. Falls Sie Verfahrenshilfe innerhalb der Beschwerdefrist beantragen, beginnt die Beschwerdefrist mit dem Zeitpunkt der Zustellung des Beschlusses über die Bestellung der Rechtsanwältin/des Rechtsanwaltes und des verfahrensgegenständlichen Bescheides an diese/n (neu) zu laufen. Wird der rechtzeitig gestellte Antrag auf Verfahrenshilfe abgewiesen, beginnt die Beschwerdefrist mit der Zustellung des abweisenden Beschlusses an Sie (neu) zu laufen.

Hinweis:

Wenn Sie die Durchführung einer mündlichen Verhandlung wünschen, müssen Sie diese gleichzeitig mit der Erhebung der Beschwerde beantragen. Bitte beachten Sie, dass Sie, falls die Behörde von der Erlassung einer Beschwerdevorentscheidung absieht, auf Ihr Recht auf Durchführung einer Verhandlung verzichten, wenn Sie in der Beschwerde keinen solchen Antrag stellen.

Für die Steiermärkische Landesregierung
Der Abteilungsleiter-Stellvertreter i.V.

[Dr. Katharina Kanz](#)
(elektronisch gefertigt)